

Die deutsche Identität in Westpreußen im 19. Jahrhundert

von Magdalena Niedzielska

Die Frage nach der deutschen Identität in Westpreußen im 19. Jahrhundert ist bisher sowohl von der deutschen wie von der polnischen Historiographie nur unzureichend erforscht worden, obwohl sie eines der Schlüsselprobleme darstellt, das die Ursache und die Entwicklung des deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikts nach den Teilungen Polens in diesen Gebieten erklärt.¹ Dieses Problem hat auch eine grundsätzliche Bedeutung für die Antwort auf die Frage, ob die Quellen dieses Konflikts in dem besonderen Weg der Bildung eines modernen deutschen Nationalbewußtseins im 19. Jahrhundert zu suchen sind oder ob sie auch in der preußischen Staatsräson begründet waren und erst sekundär zur Präzisierung des Begriffes der Nationalgemeinschaft und der Selbstdefinierung der Deutschen als einer Nation im Gegensatz zu den fremden Elementen im Staat genutzt wurden. Einen Bestandteil dieser Problematik bildet auch die Beurteilung der Rolle der Deutschen in den preußischen Ostprovinzen, darunter auch in Westpreußen, im Prozeß des Entstehens der Ideologie der deutschen Nation im 19. Jahrhundert. Er verlief in den Gebieten, die von Untertanen verschiedener Abstammung und Sprache bewohnt wurden, von einem Verständnis staatlicher Strukturen in historischen Kategorien bis zur Übernahme der Idee und des nationalen Entwurfs eines Staates, dessen Grundlage die gemeinsame Sprache war, die die bürgerliche Gemeinschaft konstituierte. Der Kern dieser Bestrebungen in der Unterstützung einer unsicheren historischen Existenz durch ethnische Faktoren lag in der besonderen politischen Lage des preußischen Staates, der auf uneinheitliche Weise aus getrennten territorialen Einheiten entstanden war. In Westpreußen war das größte Problem nicht, daß selbst die sprachlichen Grenzen willkürlich verliefen und in der Vergangenheit nicht mit den Grenzen staatlicher Strukturen übereinstimmten, sondern daß die im Osten Preußens im 19. Jahrhundert erwachten Nationalgefühle Deutsche wie Polen mit denselben Territorien, denselben historischen Andenken, denselben lokalen Werten und sogar denselben Personen (siehe z.B. den Streit um die Nationalität von Kopernikus) verbanden.

¹ H.-J. Bömelburg, Zwischen polnischer Ständegesellschaft und preußischem Obrigkeitsstaat. Vom Königlichen Preußen zu Westpreußen (1756–1806). München 1995 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte. 5.), S. 465.

Der Zerfall des polnischen Staats am Ausgang des 18. Jahrhunderts – es sei daran erinnert, daß die Gebiete des sog. Königlichen Preußen infolge der ersten und zweiten Teilung (in den Jahren 1772 und 1793) in ihrer Gesamtheit unter preußische Herrschaft gerieten – berührte dem äußeren Anschein nach nicht die wichtigsten Strukturen des gesellschaftlichen Lebens. Geblieben waren nämlich die Städte mit ihren Institutionen, Schulen und vor allem ihren intellektuellen Eliten deutscher Abstammung und ihren bisherigen starken kulturellen Bindungen an Deutschland. Die Teilungen Polens brachten jedoch eine Neubewertung der Anknüpfungspunkte im nationalen und politischen Denken mit sich. Die Bildung einer deutschen Identität in Westpreußen nach den Jahren 1772/73 war das Ergebnis des Verhältnisses zur Obrigkeit des deutschen Staates, die die Stelle der polnischen Staatlichkeit einnahm, und damit zunächst nur die Folge einer Veränderung des politischen und nicht des nationalen Bewußtseins. Ausgangspunkt an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert war die besondere provinzielle Identität, die zwar aus der deutschen ethnischen Grundlage erwuchs, jedoch das Verhältnis der örtlichen politischen und gesellschaftlichen Eliten zur polnischen und nicht zur deutschen Staatlichkeit bestimmte. Die Änderung der Staatszugehörigkeit und die politischen und ökonomischen Folgen der Teilung wirkten sich auf unterschiedliche Weise auf die einzelnen kleineren Territorien aus, die Bestandteile des ehemaligen Königlichen Preußen waren, und insbesondere auf die drei großen städtischen Zentren. Es ist darauf hinzuweisen, daß die historische Gemeinschaft von Danzig, Elbing und Thorn schon nach der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 gebrochen wurde. Das Abschneiden von dem natürlichen wirtschaftlichen Hinterland der Küstengebiete brachte die Grundlage des ökonomischen Wohlstands von Danzig und Thorn, die immer noch zu Polen gehörten, ins Wanken, während Elbing, das Preußen angeschlossen wurde, eine wirtschaftliche Blütezeit erlebte. Nach dem Jahre 1793 belebte sich der Danziger Handel erneut; am ungünstigsten wirkten sich die politischen Veränderungen auf die wirtschaftliche Stellung Thorns aus. In allen westpreußischen Städten kam es – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – nach dem Jahre 1793 zu einer widerwilligen Haltung der Bürgerschaft gegenüber den neuen Machthabern. Sie entstammte teilweise dem Verlust der Privilegien, deren sie sich in der Republik Polen erfreut hatten, dem Einfluß der preußischen Beamtschaft und der Armee sowie dem Verlust des größten Teils der früheren Autonomie. Die Integration in die preußische Monarchie berührte jedoch auch die gefestigte Bürgerlichkeit und bildete für die gesellschaftlichen Eliten Westpreußens zunächst einmal keine ausreichend attraktive Alternative zu der früheren Beziehung zur polnischen Monarchie.

Westpreußen war ein nationales und sprachliches Grenzgebiet. Der im Mittelalter begonnene Prozeß der Ansiedlung deutscher Bevölkerung hatte zur Folge, daß der preußische Staat nach den Teilungen Gebiete mit einem großen Anteil deutschstämmiger Bevölkerung übernahm. Im Jahre 1772 betrug der Anteil der deutschen Bevölkerung in Westpreußen in den einzelnen Kreisen zwischen 15% (im Kreis Strasburg) und 50% der Gesamtzahl der Einwohner (in den Kreisen Schwetz, Graudenz und Kulm).² Der Anschluß der pommerellischen Gebiete an Preußen belebte selbstverständlich die deutsche Ansiedlung und hatte zur Folge, daß die Zahl der deutschen Bevölkerung in den folgenden Jahrzehnten systematisch wuchs. Sie war zwar nicht gleichmäßig verteilt, überwog jedoch im 19. Jahrhundert in beiden westpreußischen Regierungsbezirken. Die auf sprachliche Kriterien gestützten Erhebungen ergeben, daß die deutschsprachige Bevölkerung im Jahre 1855 ungefähr 71,2% der Bewohner des Regierungsbezirks Danzig und 62% der Bewohner des Regierungsbezirks Marienwerder umfaßte.³ Trotz einer größeren demographischen Dynamik der polnischen Bevölkerung blieb das generelle zahlenmäßige Übergewicht der Deutschen in Westpreußen bis zum Ende der preußischen Herrschaft erhalten. Die auf Schätzungen basierenden Zusammenstellungen polnischer Autoren weisen aus, daß die Provinz im Jahre 1910 von zwischen 59% und 65,1% Deutschen bewohnt war.⁴ Für den überwiegenden Teil der Bewohner Westpreußens stellte also die preußische Herrschaft in den Jahren 1815–1920 keine Besatzung dar. Sie bildete im Gegenteil einen günstigen Faktor, der zur vollen Identifikation zwischen einem sich bereits bildenden Bewußtsein ethnischer Abstammung mit nationaler Färbung und staatlicher Zugehörigkeit führte. Die Änderung der staatlichen Zugehörigkeit in den Jahren 1772–1793 war jedoch auch für die deutsche Bevölkerung ein unwälzendes Ereignis. Die Teilungen Polens veränderten den politischen Kontext des ethnischen Deutschtums sowohl im persönlichen als auch in einem breiteren gesellschaftlichen Ausmaß. Vor den Teilungen prägten der Adel und vor allem das Bürgertum des Königlichen Preußen mit seiner starken Position, das in der Mehrheit deutscher Abstammung war, ihre eigene Landesidentität gegenüber einer ethnisch und sprachlich andersartigen Staatsobrigkeit Polens.

² M. Aschkewitz, Die deutsche Siedlung in Westpreußen im 16., 17. und 18. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 1 (1952), S. 553-563.

³ P. Böhning, Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1814–1871. Ein Beitrag zum Integrationsprozeß der polnischen Nation. Marburg a.d.L. 1973, S. 18.

⁴ A. Mańkowski, Pod rządami pruskimi (Unter preußischer Herrschaft), in: *Pomorze i Ziemia Chełmińska w przeszłości* (Pommern und das Kulmer Land in der Vergangenheit). Poznań 1927, S. 311.

Die Streichung dieses Erbes durch die Teilungsentscheidungen bildete für sich allein keine ausreichende Voraussetzung für eine sofortige Identifikation mit dem preußischen Staat. Die Herausbildung einer neuen Identität durch die Aneignung anderer historischer und politischer Traditionen war ein langsamer Prozeß, der viele Jahrzehnte andauerte. In einem gewissen Grade wurde er erst abgeschlossen durch die Überwindung des preußischen Erbes in den Jahren zwischen der Märzrevolution und der Bildung des deutschen Nationalstaates. Aus Gründen, die im folgenden noch angesprochen werden, entwickelte sich die deutsche Identität in Westpreußen nicht vollständig in der Form einer provinziellen Identität. Die Reichseinigung im Jahre 1871 ermöglichte dagegen eine volle Unifizierung der eigenen Identität der Deutschen in Westpreußen mit einer gesamtdeutschen Identität über Preußen hinaus; das führte dazu, daß sie im Vergleich zu anderen Provinzen stärker in der Variante schärfer artikulierter nationalistischer Inhalte hervortrat. Am Ausgang des 19. Jahrhunderts führten diese Prozesse zu einem Wandel des Gefühls der deutschen nationalen Besonderheit in aggressive Haltungen, die gegen die äußeren Gegner der Nation gerichtet waren; in diesem Gebiet waren es aus naheliegenden Gründen die Polen mit einem gleichermaßen stark gefestigten Gefühl einer eigenen Nationalität.

Von besonderer Wichtigkeit waren im 19. Jahrhundert in Westpreußen das Deutschtum der privilegierten Schichten und die deutsche Dominanz in den Städten. Sie festigte bei der deutschen Bevölkerung die Überzeugung von der Bedeutungslosigkeit des auf die unteren gesellschaftlichen Schichten beschränkten polnischen Elements, und in Verbindung mit der preußischen Verwaltung, die dies in ihrer Innenpolitik ausnutzte, entschieden diese Faktoren über die deutsche Rekrutierungsbasis für die politische, ökonomische und kulturelle Elite. Zum Ende der preußischen Herrschaft im Jahre 1910 waren sogar 92,7% der Bevölkerung in den Städten des Danziger Regierungsbezirks deutscher Abstammung und im Regierungsbezirk Marienwerder 71,4%. Auch in der Zeit der Zugehörigkeit des Königlichen Preußen zu Polen bestanden die damaligen bürgerlichen Eliten fast ausschließlich aus Personen nichtpolnischer Abstammung, für die im Hinblick auf ihre ethnische Herkunft und ihre örtlichen kulturellen Traditionen die deutsche Sprache die Umgangssprache und Mittel intellektueller Kommunikation war. Die deutsche Sprache blieb bis zum 18. Jahrhundert in den zu Polen gehörenden Städten des Königlichen Preußen, darunter in Danzig, Elbing und Thorn, Amtssprache und war eine der Formen, mit der die juristische Eigenständigkeit Pommerns und seiner Städte akzentuiert wurde. Gleichwohl bildete sich in der Zeit der Zugehörigkeit zu Polen ein Gefühl der politischen Zugehörigkeit

zum polnischen Staatsverband, das dadurch zum Ausdruck kam, daß man seinen Interessen diene. Die Folgen der Unterwerfung unter die preußische Herrschaft waren dagegen der Wandel von einer sowohl in geographischer als auch in politischer Hinsicht privilegierten Lage im polnischen Staat zu einer in jeder Hinsicht peripheren Lage in Preußen und der Verlust der wirtschaftlichen Beziehungen, die über Jahrhunderte hinweg die materielle Grundlage des Wohlstandes der Städte gewesen waren. Der Übergang von der Funktion eines Vermittlers im intellektuellen Austausch, der der polnischen Kultur die Werke des westeuropäischen Denkens vermittelte, zu der Rolle provinzieller Zentren im Verband der deutschen Staaten hinterließ spürbare Wunden beim Bürgertum des königlichen Preußen und den mit ihm verbundenen intellektuellen Kreisen. Dies wird insbesondere im Niedergang von Schulen, Zeitungen und wissenschaftlichen Gesellschaften zum Ende des 18. Jahrhunderts sichtbar. Der Marasmus des kulturellen Lebens wurde in Westpreußen auch noch viele Jahre nach dem Wiener Kongreß nicht überwunden. Als Beispiel wäre hier das um fast ein halbes Jahrhundert verspätete Entstehen von Vereinsinitiativen im Vergleich zum übrigen Deutschland im 19. Jahrhundert zu nennen, in dessen Folge die ersten Lesegesellschaften erst in den 30er Jahren und wissenschaftliche Gesellschaften erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts gegründet wurden.⁵

Die sprachlichen Bindungen, die bis zum Ende des 18. Jahrhunderts die Teilnahme der bürgerlichen Schichten am deutschen kulturellen Leben passiv bestimmten, wurden nach den Teilungen zur Grundlage für die Formierung einer preußischen politischen Gemeinschaft. Eine besondere Rolle spielte in diesem Prozeß schon am Anfang des 19. Jahrhunderts das Festlegen der Grundlagen für die preußische Politik gegenüber den Sprachen der ethnischen und nationalen Minderheiten, darunter insbesondere der polnischen. An die Stelle des alten Staatsmodells als einer Struktur, die über der Ethnizität seiner Bürger stand, trat ein sprachlicher Nationalismus als Band der deutschen Idee. Der Inspirator einer so verstandenen Bildung der Grundlagen für eine moderne deutsche Nationalität in Opposition zu den anderen nationalen Gemeinschaften war noch vor den Befreiungskriegen die preußische Verwaltung. Unter den symbolischen Formen war es eben die Sprache, die die wichtigste Bedeutung bei der Herausbildung des Gefühls einer ethnisch-kulturellen Besonderheit und der Projektion des Weltbildes auf die elementare Opposition des

⁵ Vgl. M. Niedzielska, *Niemieckie towarzystwa naukowe w Prusach Zachodnich w latach 1815–1920* (Deutsche wissenschaftliche Gesellschaften in Westpreußen in den Jahren 1815–1920). Toruń 1993, passim.

Heimischen zum Fremden hatte. Die Bedeutung sprachlicher Barrieren, die auch als kulturelle begriffen wurden, gewann im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert außerordentlich an Bedeutung. Daß sich ein Teil der Einwohner der westpreußischen Provinz einer fremden Sprache bediente, war in der damaligen Meinung eines der Haupthindernisse auf dem Weg zu einem gemeinsamen Nationalstaat. Bei diesen seit Ende des 18. Jahrhunderts vor allem von der Bürokratie geprägten Ansichten überwog eine Mentalität, die auf den Ausschluß der Polen aus dem gesellschaftlichen Leben der Provinz gerichtet war. Es herrschte also eine Art Liquidierungsmentalität, die so ihren Standpunkt über die Sprachfragen aufzwang. Diese geistige Einstellung charakterisierte vor allem eine verhältnismäßig kleine intellektuelle und politische Elite, die insbesondere aus Ostpreußen stammte. Interessant ist, daß sie von Anfang an nicht zu einem Kompromiß mit den polnischen Eliten geneigt war. Das Deutschtum in den östlichen Provinzen Preußens, besonders in Ost- und Westpreußen, wurde von Anfang an mit der Feindschaft gegenüber fremden Elementen identifiziert. Diese „Eliminierung“ wurde von nun an zum konsequentesten Zug der Politik Preußens in beiden Provinzen, obwohl die polnische Bevölkerung, die in der Minderheit und zudem verstreut lebte und dadurch im 19. Jahrhundert gezwungen war, ihre Chancen etwa bei einem Aufstand realistisch zu beurteilen und deshalb zu einem weitgehenden Kompromiß mit dem preußischen Staat gegen verhältnismäßig geringe Konzessionen seinerseits bereit war, die sprachliche Rechte und kulturelle Freiheiten betrafen. Dadurch, daß den Polen in Westpreußen ein „Eliminierungsprogramm“ aufgezwungen wurde und sie im Gegensatz zu den Polen in Großpolen einer wesentlich stärkeren Beschränkung ihrer nationalen Freiheiten unterworfen wurden, wurden sie faktisch genötigt, ihr Polentum deutlicher zu artikulieren.

Schon im Jahre 1802 unternahm der Minister Friedrich Leopold von Schrötter im Einvernehmen mit der Berliner Verwaltung Bemühungen, die konzeptionellen Grundlagen der preußischen Politik gegenüber den Untertanen, die sich nicht der deutschen Sprache bedienten, zu formulieren. Sein an den Minister Julius von Massow gerichtetes Schreiben trug zwar die Überschrift „Wegen Ausrottung der littaunischen Sprache“, enthielt jedoch eine umfassende Auslegung der Politik gegenüber den sprachlichen Minderheiten in Preußen. Die Übernahme der deutschen Sprache wurde als Element eines mit dem kulturellen Fortschreiten übereinstimmenden Prozesses angesehen, der die Sprache eliminierte, die kein Träger kultureller Werte war und es erschwerte, abstrakte Begriffe zutreffend zu formulieren. Die Korrespondenz Schrötters mit der Regierung in Berlin führte im Herbst 1802 zu einer Inspektionsreise des Rates des

Oberschulkollegiums Johann Friedrich Zöllner und des Ministers Masow durch Preußisch Litauen. Seine Reflexionen und Konzeptionen faßte Zöllner später in der 1804 erschienenen bekannten Publikation „Ideen über National-Erziehung“ zusammen. Sie wurde nicht nur zur Grundlage für die Formulierung der Grundsätze der preußischen Sprachpolitik im Osten in den nachfolgenden Jahrzehnten, sondern lieferte den folgenden Generationen von Politikern und Historikern auch den Argumentationskanon, der über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg benutzt wurde. In den folgenden Jahrzehnten kam es zur Formulierung der Politik der preußischen Schulverwaltung gegenüber den Sprachen der nationalen Minderheiten und zu den Anordnungen der Verwaltung, die ihre Freiheiten beschränkten. Ein vielsagendes Beispiel dafür, daß die Sprache im Grunde allein als Hindernis für eine Vereinigung der verschiedenen ethnischen Gruppen zu einer preußischen Nation verstanden wurde, war der im Jahre 1830 in der Königsberger Zeitschrift „Preußische Provinzial-Blätter“ veröffentlichte Artikel „Über die Einwirkung auf das Erlöschen der Nebensprachen in unserem Vaterlande“. Dabei ist es durchaus lohnend, sein Augenmerk auf die Terminologie selbst zu richten. Der Schröttersche Begriff „Ausrottung“ wurde von Massow durch die Bezeichnung „Entbehrlichmachung“ ersetzt und im Jahre 1830 in „Erlöschen der Nebensprachen“ geändert. Das Volk wurde als sprachliche und nicht als ethnische Gemeinschaft verstanden: „So ist zur Beförderung der gemeinschaftlichen Bildung noch viel wünschenswerther, daß das Deutsche die alleinige Sprache werde und daß die Nebensprachen, das Polnische, Litthauische und Curische ganz erlöschen mögen, denn gewiß ist auch auf den Nationalgeist eines Volkes, das eine gemeinsame Sprache hat, eher einzuwirken, als wo dies Trennungsmittel stattfindet.“ Das Ziel sollte die „Nationalisierung eines fremden Volkes für den Staat“ sein. Im Verlaufe von 50 Jahren sollten die „nichtdeutschen Einwohner Preußens“ vollständig verschwinden. Es wurde geschrieben: „Daß das Polnische von einem ausgebreiteten Volke gesprochen werde, ist kein Grund zur Nichtgermanisirung der Bewohner unseres Vaterlandes.“⁶

Die Bindung der deutschen Auffassung von der Nation an die Sprache ist auf die historische Situation der Deutschen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurückzuführen. Die Gleichsetzung der Bevölkerung eines bestimmten Territoriums mit einem Volk diente dem Nationalgefühl zur Abgrenzung nach außen und zur Stärkung der inneren Bindungen. Im Jahre 1848 lesen wir in der westpreußischen Provinzpresse: „Auch wir wollen nur ein Reich deutscher Nation; es soll nur so weit reichen, als die

⁶ In: Preußische Provinzial-Blätter 3 (1830), S. 342.

*deutsche Zunge klingt.*⁷ Jacob Grimm fragte: „Was ist ein Volk? – Ein Volk ist der Inbegriff von Menschen, welche dieselbe Sprache reden.“⁸

Das eigentümliche Mißverständnis vom Wesen der sprachlichen Verschiedenheiten in der preußischen Provinz wurde in einem gewissen Maß durch die Geschichte der deutschen Sprache beeinflusst. Die sprachliche Eindeutschung schien in den Augen der Deutschen nicht gegen die natürliche Ordnung gerichtet zu sein, denn die Deutschen selbst hatten, um ein Volk zu werden, eine sprachliche Vereinheitlichung durchzuführen, indem sie das Hochdeutsche übernahmen. Dieses Verständnis des deutsch-polnischen Sprachkonflikts berücksichtigte nicht den Hauptunterschied, der die historische Entwicklung beider Sprachen trennte. Die polnische Sprache besaß schon seit langem eine ausgearbeitete, einheitliche sprachliche Norm, die für alle Territorien gemeinsam galt. Neben dem literarischen Deutsch gab es jedoch immer noch starke regionale Unterschiede. Daß die Notwendigkeit des Verzichts auf deutsche Dialekte durch die Deutschen selbst mit der Aufgabe der polnischen Sprache zugunsten der deutschen gleichgesetzt wurde, war ein Mißverständnis. Die von den regionalen Abweichungen und Dialekten befreite einheitliche Sprache sollte das deutsche bzw. das preußische Volk konsolidieren, denn: „Mag die Sprache auch außer unserm Vaterlande noch gelten, sie ist dort von andern Dialekten, und der Einwohner Preußens erkennt den Fremdling nicht mehr für seinen Bruder.“⁹ Eine derartige Auffassung erlaubte auch die Diskreditierung der deutschen Einwohner, die sich der niederdeutschen Sprache bedienten, denn diese „ist wohl immer ein großes Hinderniß der Bildung des Volkes“.¹⁰ Eine der Eigenschaften, die die Ost- und Westpreußen im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert charakterisierte, soll nach vielen Beschreibungen, die die Beziehungen innerhalb der deutschen Gesellschaft betrachteten, ein fehlendes Gefühl der Gemeinsamkeit gewesen sein.¹¹ Abgesehen von den sie verbindenden dynastischen, historischen und konfessionellen Elementen suchte man die Gründe dafür in der ethnisch heterogenen Zusammensetzung der dortigen Bevölkerung, die aus verschiedenen deutschen Ländern, aus Holland, Frankreich und England stammte, sowie im Bürgertum, dessen Vertreter es noch nicht geschafft hatten, im preußischen Boden Wurzeln zu schla-

⁷ Thorner Wochenblatt Nr. 30 vom 8. April 1848, S. 231; vgl. auch Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten, hrsg. v. E. Dittrich u. E.O. Radtke. Opladen 1990, passim.

⁸ Verhandlungen der Germanisten in Frankfurt am Main am 24., 25. und 26. September 1846. Frankfurt a.M. 1847, S. 5.

⁹ In: Preußische Provinzial-Blätter 3 (1830), S. 354.

¹⁰ Ebenda, S. 349.

¹¹ L. von Baczkó, Nankes Wanderungen durch Preußen. Hamburg-Altona 1800, S. 38 f.

gen, in den Unterschieden in Religion, Gebräuchen und auch der deutschen Sprache selbst. Sie waren noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts sichtbar. Im Jahre 1854 schrieb der regionale Historiker Friedrich Wilhelm Schmitt: „Zeigt sich irgendwo Sympathie für die Polen, so ist dies nur bei den gebildeten Klassen der Fall, welche durch ihren hochdeutschen Bücher-Dialekt, wie durch eine ungeheure Kluft, von dem Ackerbürger und Bauern geschieden sind. Der gemeine Mann lernt das Hochdeutsche wohl in den Schulen, er versteht es auch, aber spricht es nicht gerne. Übrigens wird das Hochdeutsche hier zu Lande, wie auch im Posenen, äußerst rein und fast ohne irgend einen provinciellen Accent gesprochen, welcher Umstand wahrscheinlich daraus entspringt, daß die gebildeten Klassen erst spät eingewandert sind und gleichsam noch keine Wurzel im Lande geschlagen haben.“¹² Das eigene Deutschtum wurde in dieser Zeit als etwas in mancher Hinsicht Unsicheres angesehen. Der Direktor der Realschule in Elbing, Friedrich Kreyszig, charakterisierte z.B. die Einwohner der Stadt wie folgt: „Er findet hier Bürger und Handwerker phlegmatisch wie Hollender, häuslich und gutmüthig wie *echte Normaldeutsche*, dabei auf Selbstregierung erpicht und eigenwillig wie Amerikaner.“¹³ In dem im Jahre 1879 herausgegebenen Buch „Land und Leute des Landkreises Danzig“ hob Franz August Brandstätter die immer noch vorhandene starke sprachliche Verschiedenheit der deutschen Bevölkerung in Westpreußen hervor: „Landleute sprechen fast durchaus das letztere (Platt; M. N.), wenn sie unter sich sind.“ In vielen Gegenden dominierte dagegen eine Sprachmischung, „Messingsch“ genannt. Brandstätter unterstrich, daß noch in den 30er Jahren in den Häusern vieler Danziger „Platt“ am liebsten gesprochen wurde.¹⁴ In Danzig sprach man übrigens mit Akzent, mit einem Gelderner und einem niedersächsischen, und z.B. in Königsberg mit einer Mischung aus Kölner und Lübecker Akzent.¹⁵ Hochdeutsch war des öfteren in den ländlichen Gegenden Ostpreußens, insbesondere im südlichen Ermland, im Bereich der Dohnaschen Güter, im Oberland und am linken Ufer der Passarge anzutreffen.

Die sprachlichen Kriterien als Unterscheidungsmerkmal wurden immer unsicherer, je weiter das 19. Jahrhundert voranschritt, und führten hinsichtlich der tatsächlichen Zahl der deutschen Bevölkerung auch bei

¹² F.W. Schmitt, Topographie der zum ehemaligen Netz-Distrikt gehörigen Kreise Westpreußens, in: Neue Preußische Provinzial-Blätter 6 (1854), S. 449.

¹³ B.T. Satori-Neumann, Elbing im Biedermeier und Vormärz. Elbing 1933, S. 32.

¹⁴ F.A. Brandstätter, Land und Leute des Landkreises Danzig. Danzig 1879, S. 333.

¹⁵ A. Frhr. von Haxthausen, Die ländliche Verfassung in den einzelnen Provinzen der preußischen Monarchie. Bd. I: Die ländliche Verfassung in den Provinzen Ost- und Westpreußen. Königsberg 1839, S. 89.

den örtlichen Historikern zu einer charakteristischen Unsicherheit: „Die Zahlen sind aber unsicher, indem unter den nicht deutsch sprechenden Bewohnern eine große Zahl von Simulanten angenommen werden muß“, schrieb der schon erwähnte Brandstätter.¹⁶ In der Arbeit eines anderen Danzigers, Joseph Nikodemus Pawlowski, aus dem Jahre 1881 erscheint neben den Polen eine ganz besondere Kategorie „polnisch sprechender Deutscher“. An die Stelle einer Gemeinschaft, die sich auf die Sprache stützt, trat als Grundlage die Gemeinschaft des Blutes.¹⁷ Die Sprachfrage verlor damit jedoch nicht an Bedeutung und blieb in Westpreußen die wichtigste Aufgabe der preußischen Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstärkt fortgesetzten legislativen und administrativen Handlungen führten zu einer Beseitigung der polnischen Sprache in praktisch allen Bereichen des öffentlichen und staatlichen Lebens, darunter hauptsächlich und – mit Ausnahme der Religion – fast vollständig aus dem Schulsystem (seit den 60er Jahren). Im individuellen Bereich führte das auf seiten der polnischen Gesellschaft zu einer deutsch-polnischen Zweisprachigkeit, nicht nur bei den gesellschaftlichen Eliten dieser Minderheit, sondern auch bei der recht breiten Mittelschicht. Gleichzeitig verschwand andererseits die noch zu Beginn der Teilungsepoche allgemein vorhandene Zweisprachigkeit in deutschen Kreisen, insbesondere bei den Vertretern der Verwaltung. Das Deutschtum der geistigen Kultur wurde nach den Teilungen nicht mehr nur in sprachlicher Form zum Ausdruck gebracht, wie das noch in der Zeit der Zugehörigkeit zur polnischen Krone der Fall gewesen war, sondern verschmolz in den folgenden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts immer stärker mit einer entschieden deutschen nationalen Einstellung.

Ein besonderes Problem bildete die Tatsache, daß der religiöse Faktor von deutscher Seite als ein wichtiger Hinweis auf die ethnische und nationale Zugehörigkeit betrachtet wurde. Nach dem Ende der polnischen Herrschaft geriet die Gleichsetzung des Katholizismus mit der polnischen Obrigkeit ins Wanken, und die frühere Feindseligkeit protestantischer Kreise zu ihm verringerte sich insbesondere in den Städten. Die Verteidigung des Protestantismus war in der Ära der Zugehörigkeit zum Königreich Polen ein dauerhaftes Element in der Aufrechterhaltung des Gefühls der Andersartigkeit in den Beziehungen zur polnischen Obrigkeit. Von einer Veränderung dieser Einstellung zeugten nach den Teilun-

¹⁶ Brandstätter, *Land und Leute* (wie Anm. 14), S. 331.

¹⁷ J.N. Pawlowski, *Populäre Landeskunde oder Handbuch der Geographie und Geschichte der Provinz Westpreußen*. Berlin 1881, S. 31.

gen bestimmte Gesten, wie z.B. die Einladung der Katholiken zu Feierlichkeiten anlässlich des Reformationstages am 31. Oktober 1817 in Elbing. Die in Westpreußen jedoch tatsächlich vorherrschende Situation auf konfessioneller Ebene unterstützte die Festigung des Klischees, weil sich die nationale und sprachliche Unterscheidung hier mit der konfessionellen Teilung deckte. Mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen, z.B. im Gebiet der Koschneiderei und teilweise in den Städten, entsprach die stereotype Identifikation Pole = Katholik und Deutscher = Protestant der tatsächlichen Situation. Das erleichterte es der preußischen Verwaltung, dies in der Innenpolitik auszunutzen. Die konfessionelle Struktur unterschied dieses Gebiet von Ostpreußen, wo es eine zahlenmäßig starke Gruppe deutscher Katholiken im Ermland und protestantischer Masuren gab. Dadurch wurde der Zusammenhalt innerhalb der deutschen Gesellschaft wie auch dem Staat gegenüber, insbesondere zur Zeit des Kulturkampfes, begünstigt. Schon im Jahre 1821 konstatierte Theodor von Schön, damals Oberpräsident von Westpreußen, in einem seiner Schreiben an den Kanzler Hardenberg: „die Entfernung, welche der Katholizismus und der Protestantismus, der Germanismus und der Polonismus unter die Menschen hier bringt, verhindert jede Einheit“.¹⁸

Ähnlich wie die Sprache erwies sich auch die Konfession nicht immer als sicheres Zeichen für die nationale Zugehörigkeit. Schon im Jahre 1831 stellte der Autor eines Artikels in den „Preußischen Provinzial-Blättern“, der das friedliche und gute Zusammenleben der katholischen und protestantischen Bevölkerung im Marienburger Werder beschrieb, beiläufig fest: „Man macht dort nämlich die Sprache zum Unterscheidungszeichen für die Religion, und statt sich katholisch oder evangelisch zu nennen, sagt man: ich bin polnisch! oder ich bin deutsch! Denn wenn ein preußischer Katholik, um den Namen seiner Religionspartei zu bezeichnen, sich polnisch nennt, so giebt er sich dadurch für einen Polen zu erkennen, und beweist seine Anhänglichkeit an ein Land, mit welchem er in gar keiner Verbindung mehr steht, zeigt also an, daß er sich in Gemeinschaft mit evangelischen, wie mit Deutschen, durchaus nicht heimisch finde. Die Religion wird Parteisache eines Volkes, und eben dadurch zum Fanatismus hinneigend“.¹⁹ Ein recht interessantes Beispiel bildet auch die Arbeit des schon erwähnten F.W. Schmitt, der in einer topographisch-historischen Skizze des Kreises Flatow aus dem Jahre 1854 auch die Gleich-

¹⁸ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStAPK), XX. HA, Rep. 300, Depositum Graf Brünneck I. Nachlaß Theodor von Schön, Nr. 93.

¹⁹ Heinel, Einige Nachrichten über das große Marienburger Werder, besonders in kirchlicher Hinsicht, in: Preußische Provinzial-Blätter 8 (1832), S. 326.

setzung des Katholizismus mit dem Polentum hervorhob: „Selbst in dem benachbarten Pommern auf dem Gebiete der ehemaligen Starostei Draheim konnten im Jahre 1848 gutgesinnte katholische Geistliche ihren stockdeutschen Pfarrkindern kaum begreiflich machen, daß sie keine Polen seien. Die katholischen Bauern deutscher Zunge in Damerau und Görzdorf dagegen distinguirten im Jahre 1846 schon feiner, indem sie polnische Aufwiegler mit dem Bemerkten, daß sie keine Polaken seien, gebunden auf das Landratsamt schleppten“.²⁰ Pionier dieses Gedankens war auch in diesem Fall T. von Schön, der diese Wechselbeziehung schon im Jahre 1837 lakonisch formulierte: „Pole und Katholik sind in Westpreußen synonym.“²¹ Bei Schmitt hieß es: „Die Veränderung der Religion ist bei ihnen (Polen) das einzige Mittel der gründlichen Germanisirung (...). Weniger abgeschlossen sind sie in ihrer Sprache.“²² In gewisser Hinsicht war das eine Voraussage der späteren Praxis des Kulturkampfes in Westpreußen.

Nach der zweiten Teilung Polens war Westpreußen nur kurzfristig eine eigene Provinz. Während der napoleonischen Kriege wurde sein südlicher Teil mit Thorn und dem Kulmer Land Bestandteil des aufgrund des Tilsiter Friedens von 1807 gegründeten Herzogtums Warschau, sein nördlicher Teil blieb bei Preußen, Danzig erhielt den Status einer Freien Stadt. Die im Jahre 1824 gegründete großflächige preußische Provinz verband in einer Verwaltungseinheit die beiden Länder Westpreußen und Ostpreußen, die sich in sprachlicher und konfessioneller Hinsicht und in ihren Gebräuchen unterschieden, vor allem jedoch verschiedenartige politische Traditionen besaßen, weil sie seit Mitte des 15. Jahrhunderts nicht mehr durch eine gemeinsame historische Erfahrung verbunden waren.²³ Die bis 1878 bestehenden administrativen Bindungen führten jedoch nicht zur Aufhebung der vielen, etwa der rechtlichen Unterschiede zwischen beiden Teilen der Provinz. Daher ist also die Frage nach den Unterschieden bei der Bildung einer deutschen Identität im Bereich der preußischen Provinz zwischen West- und Ostpreußen wie auch nach gemeinsamen Elementen begründet.

Zugleich waren jedoch die besonderen historischen Erfahrungen der gesamten Provinz wie auch ihrer beiden Teile nicht dem Einfluß der allgemeinen Prozesse bei der Herausbildung des modernen deutschen Nationalbewußtseins entzogen. Seit Ende der Aufklärung verliefen sie zwei-

²⁰ Schmitt, *Topographie* (wie Anm. 12), S. 444.

²¹ T. von Schön an Graf Lottum, 18. September 1837. GStAPK, I. HA, Rep. 89 (2.2.1), Nr. 13534, S. 9.

²² Schmitt, *Topographie* (wie Anm. 12), S. 444.

²³ Vgl. Baczeko, *Wanderungen* (wie Anm. 11), S. 37-41, hier S. 41.

gleisig, wobei sie zunächst eine Belebung des Patriotismus, der auf ein partikuläres, lokales Vaterland gerichtet war, mit sich brachten und erst gemeinsam mit einer fortschreitenden Intensivierung des Denkens breiter gesellschaftlicher Schichten in politischen Kategorien zur Stärkung der Identifikation mit der deutschen nationalen Gemeinschaft führten. Im Falle Westpreußens gab es ein doppeltes Problem, das zum einen aus der früheren Zugehörigkeit dieser Gebiete zu einem nichtdeutschen Staat herrührte und zum anderen in der künstlichen Verbindung mit preußischem Land zu einer Provinz bestand. Unsere Fragestellung berührt also das grundlegende Problem, was für die Deutschen aus Westpreußen das engere Vaterland war und mit welcher historischen und modernen Definition der Provinz bzw. der Region sich der westpreußische Patriotismus auf unterschiedlichen Ebenen identifizieren konnte und ob hier ein provinzielles Bewußtsein entstehen konnte. Westpreußen war in seiner historischen Entwicklung ein einheitliches Land, obwohl es nationale und konfessionelle Unterschiede aufwies. In Ostpreußen dagegen bestanden zugleich Verbindungen zu kleineren Regionen (z.B. zum Ermland oder zu Preußisch-Litauen). Neben den alten Identifikationen in den Grenzen der beiden historisch unterschiedlichen Teile der preußischen Provinz bildeten sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, natürlich nur im Bereich des deutschen ethnischen Bewußtseins, unterschiedliche Patriotismen: ein preußisch-provinziales Landesbewußtsein (das sich auf die Grenzen der Provinz beschränkte), ein Patriotismus der Untertanen der preußischen Könige und ein gesamtdeutscher Patriotismus. Der erstere bildete in jedem der Teile die Fortsetzung der eigenen Erinnerung an das frühere Herzogliche und Königliche Preußen. Schon bald nach dem Jahre 1815 begannen in Ostpreußen Diskussionen über das Problem des sog. „Provinzialismus“, unter anderem im Verlaufe der Diskussion über die Grundlagen der Organisation der neoständischen Provinzialversammlungen zu Beginn der 20er Jahre. Unter Provinzialismus verstand man damals „einen lebhaften Geist der wahren bürgerlichen Freiheit“. Ein Staat, der seine Eigenarten verliert, würde zu einem Mechanismus werden, der die „Nationalität“ tötet.

In Ostpreußen war für die Herausbildung des Gefühls einer regionalen Identität die Wirkung der Erinnerung an die besondere politische Tradition des preußischen Landes das Wichtigste.²⁴ Die Identifikation mit dem engeren Vaterland des früheren Königlichen Preußen hätte die politische

²⁴ Über die deutsche Identität in Ostpreußen vgl. M. Niedzielska, *Tożsamość elit politycznych w Prusach Wschodnich w pierwszej połowie XIX wieku* (Die Identität der politischen Eliten in Ostpreußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts), in: *Zapiski Historyczne* 62 (1997), H. 1, S. 53-80.

Elite Westpreußens vor die Notwendigkeit der Wahl nicht nur zwischen den Werten der „Heimat“ und der Gesamtheit des preußischen Staates gestellt, sondern vor allem eine Anerkennung der Überordnung der politischen Rechte des polnischen Staates erfordert. Deshalb kam es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer besonderen Erscheinung in der Übernahme einiger Fragmente des starken altpreußischen Patriotismus Ostpreußens (Altpreußentum) durch die westpreußischen Eliten, der Heimatpatriotismus ostpreußischer Provenienz wurde als Patriotismus der gesamten Provinz angeeignet. Der Akzent der provinziellen Identität Westpreußens lag insbesondere in der ersten Hälfte des Jahrhunderts auf der verfassungsrechtlichen Eigenart des früheren Herzogtums Preußen. Die eigene politische Tradition des Königlichen Preußen ließ sich nämlich nicht mit der preußischen Staatsräson vereinbaren. Dieser Sachverhalt machte es – ähnlich wie in Ostpreußen – unmöglich, daß sich ein grundlegender Gegensatz zwischen dem Landesbewußtsein und dem absoluten Staat herausbildete, und das hatte nach 1815 zur Folge, daß die Möglichkeit zur Umwandlung in ein umfassendes westpreußisches provinzielles Bewußtsein nicht gegeben war. Die Berufung auf das Erbe des Herzoglichen Preußen jedoch erlaubte es zugleich, das in dieser Zeit noch starke Gefühl der Fremdheit Preußen gegenüber bzw. sogar der politischen Feindschaft ohne eine nationale Apostasie zu bewahren.

Die Verbindung Westpreußens und Ostpreußens war jedoch ein in erheblichem Maß künstliches Gebilde, was gleichwohl für die Bürokratie im Hinblick auf die auf diese Weise verringerte Wirkungskraft der polnischen politischen Eliten günstig war. Es ist bemerkenswert, daß das politische Leben im Rahmen der gemeinsamen Provinz bis zu den 70er Jahren von den ostpreußischen politischen Kreisen dominiert wurde. Im politischen Leben war Königsberg und nicht Danzig tonangebend, obwohl z.B. die Sitzungen des Provinziallandtages abwechselnd in beiden Städten stattfanden. Das war in gewissem Umfang auch die Folge einer gezielten preußischen Politik, die Westpreußen im Hinblick auf das Vorhandensein des polnischen Adels in rechtlicher Hinsicht benachteiligte. Das spiegelte sich unter anderem in der Verteilung der Abgeordnetensitze im Landtag wider; in Ostpreußen überwog natürlich die Vertretung des Adels im Rahmen des ersten Standes, der Eigentümer von Rittergütern, in Westpreußen jedoch überwog die Vertretung der ethnisch-deutschen westpreußischen Städte, also des zweiten Standes. Die Folge der ungünstigeren rechtlichen und administrativen Lösungen, die in Westpreußen galten und auch den deutschen Adel einschränkten, war ein ständiges Bestreben der Grundbesitzer dieses Teils der Provinz, wenigstens einige der Rechte zu erlangen, die diese Schicht in Ostpreußen besaß. Der preußi-

sche Provinziallandtag als Ganzes wurde seit Anfang der 40er Jahre von einer liberalen Adelsopposition dominiert und befand sich im Zeitraum des Vormärz im politischen Streit mit Berlin. Dieser betraf hauptsächlich grundsätzliche Probleme der Verfassung des preußischen Staates und der Auswahl eines Modells für seine künftigen Umgestaltungen, aber auch die Fragen des Prestiges und der Position Ostpreußens einschließlich Königsbergs in der Monarchie. Westpreußen spielte in diesem Konflikt keine vorrangige Rolle. Im Gegensatz zu Ostpreußen war der Adelsstand hier national, konfessionell und politisch geteilt. Ein Teil des deutschen Adels verband sich deshalb mit dem ostpreußischen Adel nicht wegen der territorialen, sondern der politischen Gemeinschaft; das erlaubte es ihm, die „polnische“ Option zu vermeiden, die bei Anknüpfung an die historische Tradition des Königlichen Preußen notwendig gewesen wäre, ohne auf die Identifikation mit der Heimat zu verzichten.

In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts verstärkte sich der Zustand einer politischen Frustration bei den Eliten der preußischen Provinz im Kontext der tiefgreifenden landwirtschaftlichen Krise. In Ostpreußen führte die Gefährdung des adligen Besitzstandes in Verbindung mit den alten ständischen Traditionen des Herzogtums Preußen schon lange vor der Bildung der liberalen Opposition zu einer besonderen oppositionellen Einstellung, die eine der Ursachen für eine stärkere Beteiligung des Adels in der liberalen Bewegung der 30er und 40er Jahre war, als dies in den übrigen Provinzen Preußens der Fall war.²⁵ In Westpreußen dagegen äußerte sich die Unruhe des Adels im Hinblick auf die Erhaltung des Grundeigentums hauptsächlich in der Formulierung wirtschaftlicher Postulate, die vor allem eine Rückerlangung der Freiheit des „polnischen“ Handels, d.h. hauptsächlich des Handels mit den polnischen Gebieten unter russischer Herrschaft, betrafen. Am Rande sei erwähnt, daß die politischen Bedingungen und Versprechungen des Zaren Alexander I., insbesondere in den Jahren 1815–1830, viele Vertreter der polnischen Grundbesitzer dazu bewogen, ihre Güter in Westpreußen zu verkaufen und ins Ausland zu gehen, was einen raschen Rückgang des Eigentums in polnischem Besitz einleitete. Der politisch bewußte Teil der deutschen Eigentümer dagegen tendierte politisch zu Ostpreußen, ohne auf der polnischen Seite nach einem politischen Partner zu suchen. Das wird am Beispiel der Bildung der im politischen Leben der gesamten Provinz wichtigen Strömung, der liberalen Opposition, während des Vormärz

²⁵ W. Neugebauer, *Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus*. Stuttgart 1992 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa. 36.), S. 88f.

deutlich sichtbar. In dieser Strömung äußerte sich im 19. Jahrhundert und sogar auch in der modernen Historiographie die Dominanz des ostpreußischen Elements im Leben der Provinz auch in sprachlicher Hinsicht, denn diese Erscheinung wird als sog. „ostpreußischer Liberalismus“ bezeichnet. Diese Bezeichnung ist zwar für die Beschreibung des politischen Lebens in Königsberg völlig adäquat, für die Gesamtheit der liberalen Opposition in der Provinz Preußen hingegen nicht zutreffend. Dabei ist vor allem auf die Rolle des zu Westpreußen gehörenden Elbing in dieser Bewegung hinzuweisen. Die schon erwähnten Ursachen hatten auch zur Folge, daß sich in der Oppositionsbewegung, die ostpreußischer Liberalismus genannt wird, eine Gruppe führender Vertreter des deutschen westpreußischen Adels engagierte und sogar eine führende Rolle in ihr übernahm. Außer Gustav von Below, der seine Güter im Kreis Neustadt nicht weit von Danzig hatte, waren es vor allem die Brüder Alfred und Rudolf von Auerswald sowie Magnus von Brünneck, die mit dem im Osten gelegenen Kreis Rosenberg verbunden waren, der als Teil des früheren Herzogtums Preußen Ostpreußen zugewandt war, ein anderes Rechtssystem hatte und auch zur ostpreußischen Landschaft gehörte. Am Rande ist darauf hinzuweisen, daß nach dem Jahre 1815 eine Teilung der preußischen Provinz nach geographischen Kriterien über die Verwaltungseinteilung hinweg zu beobachten war. An die Stelle Ost- und Westpreußens trat manchmal die Bezeichnung Einheit der preußischen Gebiete am rechten Weichselufer. So schrieb z.B. schon im Jahre 1818 Johann Friedrich von Farenheid: „Wir Deutsche auf dieser Seite der Weichsel“. Die so bezeichnete territoriale Gemeinschaft wurde durch eine in Ostpreußen besonders stark empfundene Bedrohung durch eine mögliche russische Intervention gefestigt. Die erwähnten Politiker spielten im Vorfeld des Jahres 1848 eine wichtige Rolle bei der Belebung des Begriffes „Altpreußentum“ in der preußischen Provinz, der während des von den ostpreußischen Liberalen geführten politischen Kampfes zum Mittel der politischen Argumentation im Konflikt zwischen der Provinz und Berlin wurde. Es ist aus heutiger Sicht manchmal schwer, präzise zu unterscheiden, welche Funktion – die Hervorhebung einer tatsächlich bestehenden Andersartigkeit oder vielleicht die Stärkung des inneren Zusammenhalts der Provinz oder nur als Fragment im politischen Spiel – in den 40er Jahren das häufige Berufen auf die frühere Souveränität des Herzoglichen Preußen durch die politischen Eliten der Provinz erfüllte, insbesondere deshalb, weil diese Tendenzen durch die Vertreter Westpreußens belebt wurden. Über einen bedeutenden Teil des 19. Jahrhunderts hielt sich die Überzeugung eines besonderen politischen Weges der preußischen Provinz und des Vorrangs des „Provinzialismus“ vor dem „Deutschtum“.

Für die Unterschiedlichkeit ihrer beiden Teile war vor allem das Fehlen einer institutionellen Verbindung zu den anderen deutschen Ländern entscheidend; sie waren nämlich weder Teil des 1806 aufgelösten Deutschen Reiches, noch gehörten sie dem 1815 entstandenen Deutschen Bund an. Es bildete sich hier also keine Tradition des Reichspatriotismus heraus, die im 19. Jahrhundert immer noch bestimmte unifizierende Funktionen auf deutschem Territorium erfüllte. Ein Teil des liberalen Adels strebte eine Aufrechterhaltung der besonderen provinziellen Identität an. Die besondere Rolle, die der eigenen politischen und historischen Tradition zugeschrieben wurde, unterlag jedoch in den 40er Jahren mit einem gleichzeitigen Erwachen des Gefühls der deutschen Einheit einer Neubewertung. Der Aufruf zu einer einheitlichen parlamentarischen Vertretung in Preußen sollte zur Überwindung früherer „Provinzialismen“ führen. Außer einer gesamtnationalen Vertretung sollte ein einheitliches Staatssystem, das die Provinzialrechte aufhob, zum Mittel der Bildung einer deutschen Gemeinschaft in Preußen werden. An dieser Stelle ist hervorzuheben, daß vielleicht das in der preußischen Provinz mit besonderem Nachdruck formulierte Postulat einer Nationalversammlung in Preußen der Überzeugung entsprungen sein könnte, daß es unmöglich sein werde, das Übergewicht des deutschen Adelsstandes im Provinziallandtag für den Fall aufrechtzuerhalten, daß die polnische Nationalbewegung sich weiter entwickle. Die polnische Bedrohung wirkte sich übrigens hemmend auf die Freiheit der Bildung einer deutschen politischen Szene in Westpreußen aus, denn über einen bedeutenden Teil des 19. Jahrhunderts hinweg konsolidierte sie die deutschen Kreise wegen der Konfrontation vor einem nationalen Hintergrund, und zwar im Gegensatz zu Ostpreußen, wo schon früher eine Differenzierung der deutschen Gesellschaft in Parteien eingetreten war.

Unabhängig von dem oben Angeführten bediente man sich auch in Westpreußen insbesondere nach 1815 recht oft einer historischen Argumentation, die bis in die Zeiten vor den Teilungen Polens zurückreichte. In einer Anfang der 20er Jahre entstandenen Denkschrift „Gedanken über eine ständische Verfassung des Kgl. Preuß. Staats und insbesondere der Provinz Westpreußen“ finden wir die Behauptung, daß das Königliche Preußen „ein besonderer Staat, ohne alle Verbindung mit Polen“ gewesen sei, der als solcher eigene Landesrechte und eine eigene Verfassung wie auch eine eigene Sprache besessen habe.²⁶ Mit der Hervorhebung der nur begrenzten Unterwerfung des Königlichen Preußen unter die Herr-

²⁶ Archiwum Państwowe w Gdańsku (Staatsarchiv Danzig) (APG), Akta majątków, Nr. 991 Wojanowo i Prędziszyn, Nr. 58m, S. 3f.

schaft der polnischen Könige verlangte man zugleich den Erhalt der damaligen Privilegien und die Wiederherstellung einiger unter der preußischen Macht verlorengegangener Rechte, wobei dies mit einer verfassungsrechtlichen Argumentation im Geiste des Liberalismus des 19. Jahrhunderts verbunden wurde. Nach der Aussage dieser Denkschrift und anderer Quellen des zweiten und dritten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts scheint die Bemerkung von Hans-Jürgen Bömelburg über einen schnellen Verlust des „Landesbewußtseins“ des Königlichen Preußen durch den protestantischen Adel nach dem Jahre 1772 nicht zutreffend zu sein.²⁷ In den ersten Jahren nach 1815 berief sich übrigens auch der polnische Adel zur Verteidigung seiner Eigenständigkeit auf dieselben alten Landesprivilegien. Beispiele dafür sind u.a. anlässlich der Huldigung in der Petition des polnischen Adels des Kulmerlandes vom 18. Oktober 1815 in Thorn nach der Rückgewinnung der Macht durch Preußen zu finden.²⁸ Während der Diskussion in Preußen nach 1815 über die künftige Staatsverfassung und die Organisation der neoständischen Versammlungen wurden die Rechte und Privilegien des Königlichen Preußen des öfteren gelobt. Dies geschah, obwohl man zugleich die Zeit der polnischen Regierung negativ beurteilte und das politische System Preußens kritisierte.²⁹

Die bereits früher erwähnte politische Dominanz Ostpreußens weckte im übrigen Teil der Provinz einen gewissen Widerstand gegen eine Unterordnung nach ostpreußischem Muster. Neben ökonomischen Fragen bildete dies auch zu Beginn der 70er Jahre ein Argument, als hauptsächlich auf Danziger Anregung eine Diskussion über die administrative Verselbstständigung Westpreußens von Königsberg eingeleitet wurde. Ernsthafte Mißklänge in den Beziehungen zwischen Ostpreußen und dem Adel des zu Preußen gehörenden Teils der westpreußischen Provinz entstanden in der Zeit der napoleonischen Kriege. Die Unterschiede in den Einstellungen, die in dieser Zeit hervortraten, beeinflussten auch später die Beziehungen der Vertretungen Ost- und Westpreußens im Landtag. Ursachen dieses Konflikts waren u.a. die Konvention von Tauroggen und die eigenmächtige Einberufung der „Versammlung der Ständedeputierten“ im Februar 1813 in Königsberg. In Ostpreußen wurde der Präsident des Regierungsbezirks Marienwerder, Wissmann, der sich „mehr französisch als

²⁷ Bömelburg, Ständegesellschaft (wie Anm. 1), S. 468.

²⁸ Petition des polnischen Adels aus dem Kulmerland, 18. Oktober 1815. GStAPK, I. HA, Rep. 74 H, Staatskanzleramt, II Preußen, Nr. 1, S. 11 f.

²⁹ Denkschrift „Landes-Constitution und National-Repräsentation“ an Min. Beyme, 1817. Biblioteka Polskiej Akademii Nauk w Gdańsku (Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Danzig) (BPANG), Ms. 1349 (Einige Piecen über die Dienstverwaltung des Kreis-Justizraths Schulz zu Neuenburg in Westpreußen aus den Jahren 1805–1830), S. 122–135.

russisch“ verhalten haben soll, kritisiert. Er soll H.J. von Auerwald gegenüber eine Bemerkung über die „Landesverrätherei des ostpreußischen Adels“ gemacht haben.³⁰ Die Niederlage Preußens im Jahre 1807 hatte übrigens nicht nur politische Konsequenzen, sondern leitete eine ökonomische Krise ein, insbesondere bei den Landbesitzern, die nach der Ausweitung der Kontinentalblockade auf die Hafenstädte den wirtschaftlichen Niedergang vieler Kaufleute nach sich zog. Das Verhältnis zur französischen Besatzungsmacht, zur Kontribution und zu Napoleon selbst war nach Tilsit in erheblichem Umfang vom Maß der finanziellen Belastungen geprägt. Das aus wirtschaftlichen Gründen erwachsene Gefühl, daß die Existenz der Provinz bedroht sei, und die Sorge um die territoriale Integrität Ost- wie Westpreußens verbanden sich bei den politischen Eliten mit dauerhafteren pro- und antifranzösischen Elementen der politischen Orientierung. In Westpreußen war die politische Orientierung stark mit der Frage der Restitution der polnischen Staatlichkeit verflochten. Die napoleonischen Siege über Preußen in den Jahren 1806 und 1807 weckten kaum 13 Jahre nach der zweiten Teilung immer noch lebhaftere Hoffnung auf die Wiederherstellung Polens. Gegen Ende des Jahres 1806 waren diese Stimmungen sogar in den studentischen Kreisen im weit entfernten Königsberg spürbar, wo „selbst die Danziger sich zu isolieren begannen und nur die Studenten aus den älteren Provinzen eine streng preußische Richtung behielten“.³¹ Nur ein Teil Westpreußens jedoch wurde zum Bestandteil des mit Frankreich verbündeten Herzogtums Warschau. In den übrigen Gebieten waren die Veränderungen immer noch von der damaligen preußischen Politik und von den nach dem Jahre 1807 vorgenommenen Verfassungsänderungen der Hohenzollernmonarchie bestimmt, die in vielen Bereichen die altständische gesellschaftliche Struktur erschütterten. Der militärische und moralische Niedergang des preußischen Staates gab dem Adel Westpreußens wieder ein Verantwortungsgefühl für das Land und die Aufgaben zurück, die ihm nach den Teilungen durch den Apparat der absolutistischen Monarchie weggenommen worden waren. Das begünstigte einen Rückzug auf die traditionellen, historisch entstandenen Strukturen. Gleichzeitig jedoch hörte das Königliche Preußen auf, in seiner alten territorialen Form zu bestehen, und die Reformen selbst entstanden in den Kreisen der ostpreußischen und nicht der örtlichen Bürokratie. Damit einhergehend waren die politischen Eliten Westpreußens und in noch größerem Ausmaß die Ostpreußens in den

³⁰ A. Witt, *Der preußische Landtag im Februar 1813*, in: *Historisches Taschenbuch* 8 (1857), 3. Folge, S. 594.

³¹ *Aus dem Leben des Generals der Infanterie Dr. Heinrich von Brandt*. Bd. I, Berlin 1870, S. 56.

Jahren 1813–1815 und später von Sorge befallen, und zwar sowohl hinsichtlich einer möglichen Verwüstung des Landes durch die russische Armee als auch im Hinblick auf die weiteren politischen Pläne Rußlands auf deutschem Gebiet. Die ständig umlaufenden Gerüchte über das Streben Rußlands nach Inkorporation der Provinz fanden in einigen Handlungen der russischen Führung Nahrung, wie z.B. in den Umständen der Übernahme Danzigs als „Eigentum“ des russischen Zaren durch den Herzog von Württemberg. Die Überzeugung, daß Rußland bestrebt sei, nicht nur die Gebiete des Königreichs Polen, sondern auch Ostpreußens zusammen mit einem Teil Westpreußens auf dem rechten Weichselufer in Besitz zu nehmen, tauchten seitdem regelmäßig in der öffentlichen Meinung der Provinz auf (insbesondere zu Zeiten der Revolution von 1848).³²

Ein gesondertes Problem bildete die Besetzung der Hauptämter der preußischen Provinz nach 1815 mit eben aus Ostpreußen stammenden Personen (wie z.B. Theodor von Schön, Eduard von Flottwell). Neben anderen Ursachen spielte auch die unterschiedliche gesellschaftliche Zusammensetzung der Eliten eine bedeutende Rolle in den gegenseitigen Verhältnissen, weil das Bürgertum in Westpreußen eine wesentlich stärkere Position einnahm. Nach dem Wiener Kongreß blieb in den Beziehungen zwischen den beiden Teilen der Provinz einiges an unterschwelligem Konfliktstoff erhalten; nicht nur in Verbindung mit den nicht überwundenen historischen Unterschieden, sondern auch weil man sich eines grundsätzlichen Unterschieds in der dominierenden politischen Orientierung bewußt wurde. In Ostpreußen nämlich war in dieser Zeit das liberale Lager tonangebend, in Westpreußen dagegen waren die politischen Meinungsäußerungen wesentlich zurückhaltender. Schon zu Zeiten des Provinziallandtages in Danzig im März 1841 notierte die Polizei Beschwerden über die Tätigkeit einiger Abteilungen, die die Vertreter Westpreußens unzufrieden machten; man beklagte, „daß wir Westpreußen mit den Ostpreußen zusammenwählen müssen, denn unser Einfluß verringert sich dadurch sehr“.³³ Das Ungleichgewicht in der Entwicklung umfaßte auch das deutsche politische Bewußtsein in den beiden Teilen der preußischen Provinz wie auch in den einzelnen sozialen Schichten sowie in den städtischen Zentren. Besonders interessant waren der Verlauf der Diskussion über die Erlangung der Selbständigkeit Westpreußens in den 70er Jahren und die damals benutzte historische Argumentation. Die Einstellung der einzelnen Städte diesen Plänen gegenüber war übrigens uneinheitlich (z.B. gab es einen entschiedenen Widerstand Elbings), was

³² Vgl. Niedzielska, *Tożsamość* (wie Anm. 24), *passim*.

³³ GStAPK, I. HA, Rep. 92, Nachlaß v. Rochow, Nr. 25, S. 66.

hauptsächlich auf wirtschaftlichen Gründen beruhte. Das Problem unterschiedlicher nationaler und politischer Einstellungen unter den bürgerlichen Eliten in den großen Städten Westpreußens erschien schon im 19. Jahrhundert rätselhaft und inspirierte gleichzeitig Versuche, nach ihren Ursachen zu forschen. In der politischen Sphäre wurde u.a. die Einstellung Danzigs und Königsbergs im Zusammenhang mit der ostpreußischen liberalen Opposition zur Zeit des Vormärz verglichen. Die damaligen Erklärungen bei der Suche nach den Ursachen für die oppositionelle Einstellung Königsbergs wurde auf den intellektuellen Einfluß der Universität, die es in Danzig nicht gab, sowie auf den Einfluß der philosophischen Gedanken Kants zurückgeführt. Die Ursachen lagen jedoch tiefer. Danzig unterwarf sich im Jahre 1793 nur ungern der neuen preußischen Macht und verteidigte sich sogar militärisch gegen sie. Die emotionalen Bindungen an Polen waren nach wie vor lebendig. Noch im Jahre 1802 stellte ein nach Danzig Reisender fest, diese Stadt „hat immer eine große Anhänglichkeit an die polnischen Könige gehabt. Ihre Bildnisse habe ich unzählige Male in hundert Häusern gefunden. Von dem letzten, Stanislaus Poniatowski, sah ich in einem Zimmer nicht weniger als vier Portraits“.³⁴ In den Jahren 1807–1813 freundete sich ein Teil der bürgerlichen Eliten mit der Idee der napoleonischen Freien Stadt an. Barthold Niebuhr schrieb in einem Brief vom November 1806: „In Danzig herrschte eine sehr schlechte Stimmung bei vielen; man besorgte sogar aufrührerische Bewegungen unter der Bevölkerung (...). Es ist im Gegenteil überraschend, daß viele aus den besseren Ständen in Danzig ihren alten Groll gegen Preußen ihren besseren Gefühlen gegen die Tyrannei Frankreichs geopfert haben.“³⁵ Nach dem Wiener Kongreß geriet Danzig bezüglich seiner wirtschaftlichen Perspektiven in eine unsichere Lage durch den Verlust des landwirtschaftlichen Hinterlandes der polnischen Gebiete. Die Furcht vor eventuellen Schritten der preußischen Macht gegen die Handelsinteressen schränkte dagegen die Freiheit der politischen Einstellungen ein, weil Danzig als profranzösische Stadt erschien, was die Politik der preußischen Macht nach 1814 beeinflusste.³⁶ Danzig akzeptierte auch in den folgenden Jahrzehnten die preußische Herrschaft nur widerwillig. Noch in den 30er Jahren hielten bürgerliche Kreise Distanz zur Verwaltung und ihren Beamten. Ein Zeugnis der Einstellung der Danzi-

³⁴ [Wedeké,] *Bemerkungen auf einer Reise durch einen Theil Preußens von einem Oberländer*. Königsberg 1803, S. 404.

³⁵ *Die Briefe Barthold Georg Niebuhrs*, hrsg. v. D. Gerhard u. W. Norvin. Bd. 1, Berlin 1926, S. 363.

³⁶ W.F. Zernecké, *Der neunzehnte Februar 1839. Zur Erinnerung für Danzigs Bewohner*. Danzig 1839, S. 1.

ger im Übergang von den 20er zu den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts überlieferte z.B. J.E. Czwalina, der über das Verhalten der Nachkommen aus alten bürgerlichen Familien berichtete und feststellte, „daß es eine geschlossene Gesellschaft gegeben habe, in deren Statuten das Mitbringen von Hunden und Offizieren für unstatthaft erklärt wurde, so werden die Herren dieser Partei wohl in solcher Gesellschaft maßgebend gewesen sein. Aber ihr Zuwarten hatte nun 15 bis 20 Jahre gedauert und die politischen Verhältnisse hatten sich in einer Weise befestigt, daß ein Umschwung nicht mehr wahrscheinlich erschien. Daher war diese Partei in den 30er Jahren äußerlich verschwunden“.³⁷ Jedoch noch am Anfang der 40er Jahre berichtete man aus Danzig zur Charakterisierung der politischen Stimmungen nach dem Königsberger Huldigungs-Landtag, daß „die politischen Partheien Danzigs zerfallen: in die eigentlichen Danziger, in die englisch Gesinnten, die Anhänger der Polen und die des preußischen Gouvernements (...). Zu den ersten kann man fast sämtliche Danziger Patrizier-Familien zählen, die es nie vergessen werden, daß sie früher selbst regierten“.³⁸ Schon in damaliger Zeit analysierte man auch die abweichende Haltung Danzigs der in der Provinz so populären liberalen Strömung gegenüber, wobei festgestellt wurde, daß es in Westpreußen als Ganzem an ähnlich radikalen politischen Kreisen wie in Königsberg fehlte (Radikale und Liberale „existieren hier nicht“).³⁹ Der Einfluß der Liberalen war in Danzig gering. Der Polizeipräsident Clausewitz bezeichnete die Danziger sogar als „stumme Untertanen“, die am Verlauf der Beratungen des Provinzial-Landtages in dieser Stadt im März 1841 nicht interessiert waren.⁴⁰ Die Abneigung der „preußischen Herrschaft“ gegenüber – mit diesem Begriff bezeichnete man alle preußischen Beamten und das Militär – hielt auch im örtlichen Kleinbürgertum an. Dienstleute nahmen nur im äußersten Fall Arbeit bei den Preußen an, da diese u.a. als unsolide galten.⁴¹ Bis in die 40er Jahre hinein herrschte noch die allgemeine Ansicht vor, daß die erste Person der Regierung der Bürgermeister (damals J. von Weickhmann) war und daß erst dann der Regie-

³⁷ J.E. Czwalina, Die Literarische Gesellschaft in Danzig. Erinnerungs-Bilder aus den ersten 25 Jahren ihres Bestehens (1835–1860). Danzig 1910, S. 3f.

³⁸ GStAPK, I. HA, Rep. 92, Nachlaß Wedeke, Nr. 4, S. 86.

³⁹ GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 343a, Nr. 32a, S. 11-14.

⁴⁰ Clausewitz an Rochow, Danzig 22. März 1841. GStAPK, I. HA, Rep. 92, Nachlaß v. Rochow, Nr. 25, S. 71. Am 29. März 1841 schrieb Clausewitz, daß die loyale Einstellung Danzigs seiner Meinung nach auf eine bessere wirtschaftliche Lage der Stadt zurückzuführen sei: „Es kommt vielmehr daher, weil die Königsberger Verhältnisse nicht so günstig wie die Danziger stehen.“ Wenn sie so günstig wie in Danzig wären, „so würde das ganze liberale Unwesen wie eine Rakete zerplatzen.“ Ebenda, S. 75.

⁴¹ E. Förstemann, Aus dem alten Danzig (1820–1849). Danzig 1900, S. 9.

rungspräsident und der Polizeichef folgten. Der Integrationsprozeß in den preußischen Staat wurde sicherlich durch die Niederlage des Novemberaufstandes beschleunigt, aber neben politischen Gründen waren auch der Generationswechsel und das Abtreten der Generation von Bedeutung, die noch mit den städtischen Machteliten der Zeit vor den Teilungen verbunden gewesen war. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts waren in Danzig die Traditionen der früheren Autonomie und ein spezifisches städtisches Bewußtsein, das an die Tradition der früheren Stadtrepublik anknüpfte, lebendig, und erst der Erste Weltkrieg und die politischen Veränderungen nach seinem Ende schlossen den Integrationsprozeß mit der deutschen Nation ab.

Auch Elbing war im 19. Jahrhundert eine Stadt, in der in bürgerlichen Kreisen ein städtisches Bewußtsein und ein nur widerwilliges Verhältnis zur brandenburgisch-preußischen Herrschaft fort dauerte, das mit Sympathien für einen ökonomischen und politischen Liberalismus verflochten war. Eine gewisse Bedeutung hatten auch – insbesondere nach der Niederlage des Novemberaufstandes – philhellenistische und propolnische Tendenzen. Die liberalen und demokratischen Oppositionsstimmungen hielten auch nach der Märzrevolution in Elbing an. Die Abneigung gegenüber den offiziellen politischen Organen äußerte sich auf unterschiedliche Weise, die zwar oftmals nur von geringer Bedeutung, aber gleichwohl bezeichnend war, wie z.B. die fehlende Dekoration aus Anlaß der Durchfahrt des königlichen Paares im Juli 1863.⁴² Diese Stimmungen schwächten sich im Laufe der Zeit ab; eine Rolle spielten dabei vor allem die militärischen Erfolge Preußens in den Kriegen mit Dänemark und Österreich und insbesondere die Vereinigung des Reiches. Es scheint, daß gerade die Dekade der 60er Jahre in ganz Westpreußen, darunter auch in Elbing, eine grundsätzliche Rolle bei der Bildung einer deutschen politischen Identität spielte, und zwar über das vorher nicht voll akzeptierte Preußentum hinweg. Von Bedeutung war auch die Immigration aus anderen Teilen Deutschlands. Der Zufluß neuer Einwohner veränderte nämlich die traditionellen gesellschaftlichen Strukturen. In Thorn z.B. waren 1825 noch 51% der Bevölkerung in der Stadt geboren, 1905 aber nur noch 36%. In Danzig verlief dieser Prozeß langsamer: Noch 1905 waren 46% der Einwohner in dieser Stadt geboren, 33% stammten aus der näheren Umgebung und nur 21% aus weiter entfernten Gebieten.⁴³ Die wichtigsten Städte Westpreußens und vor allen Dingen deren höhere Schichten hatten einen fast vollständig ethnisch-deutschen Charakter:

⁴² E. Carstenn, *Geschichte der Hansestadt Elbing*. Elbing 1937, S. 433.

⁴³ E. Cieślak, *Dzieje Gdańska* (Geschichte Danzigs). Gdańsk 1975, S. 416.

1916 war die Bevölkerung Danzigs, das über 100 000 Einwohner hatte, zu 96,5% deutscher Abstammung, in Elbing zu 99,5%.⁴⁴ In dem am ehesten als polnisch zu bezeichnenden Thorn machten die Deutschen 1916 ungefähr 55% der Gesamtbevölkerung aus. Die fehlende Offenheit des politischen Systems Preußens und später auch des Reiches gegenüber der polnischen Minderheit ließ in dieser Situation keine andere Möglichkeit zu, als einen öffentlichen Dienst mit nationalem deutschen Charakter in Westpreußen zu entwickeln. Grundlage dafür bildeten die Nationalitätenverhältnisse, die Traditionen der bürgerlichen intellektuellen Eliten sowie vor allem das Rechtssystem und die Verwaltungspraxis des preußischen Staates, die die Möglichkeit polnischer Aktivitäten einschränkten und ausschlossen. Die Welt zweier Kulturen, der polnischen und der deutschen, hatte deshalb keine Möglichkeit zum Zusammenwachsen und äußerte sich im 19. Jahrhundert in Westpreußen in zwei voneinander getrennten Entwicklungswegen und der Bildung getrennter institutioneller Systeme und meinungsbildender Kreise. Bei diesem kulturellen Kontakt gab es im 19. Jahrhundert keine Gleichberechtigung der beiden Kulturen. Den Sieg erlangte schon seit Anfang des Jahrhunderts das Deutschtum, das auch aus der von den preußischen Behörden gefestigten Überzeugung von der kulturellen und zivilisatorischen Überlegenheit der Deutschen erwachsen war. Dies spiegelte sich vor allem, insbesondere nach der Revolution 1848, in den Presseveröffentlichungen sowie auch in einem Teil der populär-historischen Literatur und in wissenschaftlichen Arbeiten wider. Als klassisches Beispiel dafür könnte hier wohl ein Zitat aus einer der Thorner Zeitungen dienen, bei dem es sich nicht um eine Ausnahme, sondern vielmehr eine typische Darstellung handelte: „Das Land – ja, das Land war damals polnisch, aber alles, was jetzt Werthvolles daran ist, das haben *unsere* Väter, das haben wir geschaffen. (...) *Unsere* Väter, *wir* sind die Künstler, welche den todten Stein beseelen.“⁴⁵ Ein Anzeichen für die ablaufenden Prozesse war der Verlust der Zweisprachigkeit auf seiten der deutschen Bevölkerung. Gleichzeitig jedoch zeigte sich in der Presse und der literarischen Publizistik bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein, daß es in den Kreisen der örtlichen Leserschaft ein besonderes Bedürfnis nach polnischen literarischen Inhalten und nicht genau definierten Sympathien für die vergangene Zeit gab, die mit der polnischen gleichzusetzen war (als Beispiel ist der Marienwerder-Königsberger „Ost- und Westpreußische Musen-Almanach“ [1856–1863] zu

⁴⁴ A. Wien, Die Preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Danzig 1870–1920. Köln 1979, S. 320.

⁴⁵ Thorner Wochenblatt Nr. 27 vom 1. April 1848, S. 213.

nennen, der eigene bzw. Übersetzungsarbeiten von August Woycke und Heinrich Nitschmann aus Elbing enthielt).

Die deutschen ethnischen Vergleiche waren insbesondere in den Grenzprovinzen Preußens fast immer im Gegensatz zum Autostereotyp formuliert und in der Regel so konstruiert, daß sie mittels des Kontrastes das eigene Ethos in seinem Wert erhöhten und stärkten. Die Verfestigung des Stereotyps der Polen als eines rückständigen Volkes, die schon seit der Aufklärung andauerte, beschleunigte sich nach 1848 und wurde schließlich bei der deutschen Bevölkerung Westpreußens auch zu einem Faktor der Steigerung des eigenen Wertgefühls. Die Evolution des Bildes „der Fremden“, deren Ziel schon seit Anfang des 19. Jahrhunderts eine negative Beurteilung war, war ein Element der ethnischen Selbstbestimmung der Deutschen in der preußischen Provinz. Dies wurde durch eine werterhöhende Ausscheidung der positiv beurteilten „eigenen Elemente“ aus der großen Menge „fremder Elemente“, die in einem derartigen Vergleich meistens negativ beurteilt wurden, durchgeführt. Der Antipolonismus, und allgemeiner gesehen der Antislawismus, spielten also eine Schlüsselrolle in der Konstituierung der deutschen Identität in der preußischen Provinz. Auf ersteren stoßen wir vor allem in Westpreußen, wo sich die deutsche Bevölkerung durch die polnische Nationalbewegung bedroht fühlte. Vielschichtiger waren dagegen die Tendenzen, die in politischen Kreisen Ostpreußens hervortraten. Dabei sind vor allem die Rolle der Nachbarschaft zu Rußland und die daraus resultierende Bedrohung hervorzuheben, die mit der Möglichkeit einer territorialen Expansion dieses Staates einherging. Die russische Gefahr wurde insbesondere in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem Faktor, der das Gefühl der Zugehörigkeit zum übrigen deutschen Territorium stärkte und Garant für die Erhaltung der Provinz als eines deutschen Landes war. Das beschleunigte das Reifen einer deutschen Nationalidentität trotz des parallel bestehenden altpreußischen Bewußtseins. Dieses Phänomen war auch für die liberale Opposition zutreffend, für die wegen der Aspirationen Petersburgs gegenüber der Provinz eine starke Phobie vor Rußland charakteristisch war; sie wurde jedoch nicht, wie in den übrigen Teilen Deutschlands, zu einem Element, das für die „Polenfreundschaft“ konstitutiv wurde. Die preußischen Liberalen waren jedoch in ihrer Mehrzahl noch während der Revolution des Jahres 1848 von der Idee der Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage einer nationalen Gemeinschaft, die zum Verlust ihrer preußischen und vor allen Dingen altpreußischen Identität und ihres Patriotismus geführt hätte, nicht überzeugt. Die polnischen nationalen Aspirationen erschwerten eine eventuelle Reform und die Umgestaltung der preußischen Monarchie, deren Umsetzung für die

ostpreußischen Liberalen von grundsätzlicher Bedeutung war. In der Verfassungsreform, in der parlamentarischen Vertretung und durch die Einführung politischer Freiheiten suchte man auch nach einem Weg, der zur Beseitigung nationaler Konflikte durch politische Assimilation fremder ethnischer Gruppen führen würde. Die Realisierung eines liberalen Staatsmodells sollte als Mittel zur Einbindung aller Bürger, auch der Vertreter der Minderheiten, dienen. Der Vorrang innerer Reformen in Preußen und das fehlende Denken in nationalen Kategorien, sowohl in der deutschen als auch in der polnischen Frage, sind ein Beweis für die starke Verwurzelung der ostpreußischen politischen Eliten in den politischen Traditionen der Aufklärung einerseits und für eine gewisse Verspätung beim Prozeß der Gestaltung eines modernen deutschen politischen Bewußtseins in Ostpreußen andererseits. Die Liberalen waren der Meinung, daß die Verfassungsreform ein Allheilmittel gegen den sich schon abzeichnenden Nationalkonflikt sein könnte, den sie jedoch damals hauptsächlich nur im Großherzogtum Posen und nicht in der Provinz Preußen bemerkten. Vielleicht war dieser ostpreußische Liberalismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur eine Folge der andersartigen Tradition des Herzogtums Preußen, sondern auch eine Form der Flucht eben vor dem deutsch-polnischen Konflikt in der Provinz. In Westpreußen begann man jedoch schon im Jahre 1846, den Nationalkonflikt in einem anderen Licht zu sehen – im Kampf eines ungestümen Panlawismus gegen einen dahinvegetierenden Germanismus. Im westpreußischen Teil machten die Ereignisse des Jahres 1848 sowohl im Posenschen als auch in der Provinz selbst den örtlichen Deutschen wesentlich stärker und früher die Kraft der polnischen Nationalbestrebungen bewußt und fegten die Assimilationsillusionen hinweg. Sie hatten auch schon während der Revolution selbst Einfluß auf eine Übertragung der Angst vor der polnischen Bedrohung auf Ostpreußen und einer daraus resultierenden Verdrängung der früher dominierenden Furcht vor Rußland. Eine Antwort auf das nationale Engagement der Polen in den Jahren 1846–1848 war die sich in deutschen Kreisen festigende Überzeugung des Verrats der Polen gegenüber dem preußischen Staat und der – wie man es ausdrückte – „schändlichen“ Illoyalität gegenüber der Hohenzollernmonarchie, die das früher von Preußen durch die Teilungen begangene Unrecht aufwog. Das erlaubte auf moralischer Ebene eine offene Manifestation des Deutschtums.

Die Bildung der deutschen Identität wurde auch von dem Bewußtsein einer besonderen historischen Tradition des Landes beeinflußt, die sowohl das Erbe des Deutschen Ordens als auch die besondere Position des Königlichen Preußen im polnischen Staat beinhaltete und im 19. Jahrhundert durch die Erinnerung an die eigene Vergangenheit und das von der

lokalen preußischen Provinzialhistoriographie geschaffene Bild erweitert wurde. Während der Zeit der gemeinsamen preußischen Provinz (1824–1878) und insbesondere bis zum Jahre 1848 ging die lokale deutsche Historiographie in den beiden Teilen getrennte Wege. In Ostpreußen sollten die historischen Forschungen, die zum Teil von der liberalen Opposition benutzt wurden, nicht zusammenfügen, sondern im Gegenteil die Unterschiede hervorheben und Argumente für den politischen Kampf mit Berlin liefern. In diesem Kontext ist der Verdienst der ostpreußischen Historiographie dieses Zeitraums anders zu beurteilen, weil die historische Argumentation zum Werkzeug der Verteidigung der verfassungsrechtlichen Besonderheit Ostpreußens wurde. Die Verteidigung der Identität Westpreußens durch die deutsche politische und gesellschaftliche Elite dagegen konzentrierte sich vor allem auf die Berufung auf alte Rechte, die diese Gebiete nach dem Anschluß an die Hohenzollernmonarchie verloren hatten, jedoch nur mit einem schwachen Hinweis auf die polnischen Zeiten. Das Gefühl der Fremdheit erwuchs hauptsächlich aus den Unterschieden in den historischen und verfassungsrechtlichen Traditionen und der aktuellen Politik. Die fehlende Übereinstimmung der historischen Schicksale der beiden Teile erschwerte auch die Versuche einer historischen Synthese der Geschichte der preußischen Provinz, obwohl sie von der Staatsmacht unterstützt wurden. Das Dilemma der Deutschen aus Westpreußen, die sich einerseits mit dem Deutschtum selbst identifizierten, sich andererseits aber im Sinne der staatlichen Zugehörigkeit nicht als volle Preußen fühlten, war vor allem mit der Tatsache verknüpft, daß die Verteidigung der Autonomie sofort die polnische Herrschaft in Erinnerung rufen mußte. Mit Ausnahme der Zeit von 1466–1772 (1793) konnte man sich nur auf die Tradition des deutschen Ordensstaats berufen. Ein gewisses Hindernis bildete die Tatsache, daß das mit besonderen Rechten versehene Königliche Preußen eben aus der Negation der Ordenspolitik gewachsen war. Aber nur diese Epoche gab die uneingeschränkte Möglichkeit, sich auf eine deutsche politische Tradition zu berufen. Deshalb ist auch die u.a. von T. von Schön entwickelte Idee des Wiederaufbaus der Marienburg im 19. Jahrhundert als einer der Versuche der Bildung einer gemeinsamen provinziellen Identität anzusehen. Dieser Wiederaufbau war Ausdruck des Willens, dieses Symbol für die Bildung einer provinziellen Identität zu nutzen, die Ost- und Westpreußen vereinigte, die nur durch die Herrschaft des Ordens an ein gemeinsames politisches Schicksal erinnert wurden. Besondere Bedeutung für die Stärkung des deutschen Bewußtseins in Westpreußen hatten z.B. die Jahresfeiern zur 100. Wiederkehr der ersten Teilung Polens 1872 in Marienburg. Gleichzeitig kann man den Wiederaufbau der Marienburg in der ersten

Hälfte des Jahrhunderts mit den Entwicklungsstufen der ostpreußischen Opposition verbinden. Die westpreußische Identität wurde auch durch die Feier anderer historischer Jahrestage, z.B. die Kopernikusfeiern im Jahre 1873, gestärkt. Jedoch erst die Gründung deutscher historischer Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Thorn, Elbing, Marienwerder, Danzig, Graudenz) und das Entstehen historischer Periodika stellte das Interesse der Forschung von einem populären auf ein höheres Niveau. Deren Tätigkeit sollte ausdrücklich der Festigung des Deutschtums durch fast ausschließlich auf die deutschen Aspekte der Geschichte Westpreußens konzentrierte Forschungen dienen. Das beweist vor allem eine Inhaltsanalyse der historischen Zeitschriften, in denen sich das Gros der Publikationen, und zwar nicht nur derjenigen, die sich auf politische Fragen bezogen, sondern auch derjenigen, die der Wirtschaftsgeschichte, der Kultur und der Kunst gewidmet waren, auf die politisch sicheren und die deutsche Staatsräson nicht in Frage stellenden Zeiten des Deutschen Ordens konzentrierte. Eine bedeutende Ausnahme war hier nur die Danziger „Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins“. Diese Zeitschrift beschäftigte sich hauptsächlich mit der Zeit der Bindung der Stadt an das Königreich Polen. Dadurch kam das Bestreben zum Ausdruck, die Erinnerung an die Zeit der größten Blüte Danzigs sowie ein gewisses Ethos Danzigs als „eine Welt für sich“ und als „eine Lebensart“ zu erhalten.

Aus dem Polnischen übersetzt von Barbara Glowé, Lübeck